

LUTZ STAVENHAGEN

Europäische Politische Union – aus der Sicht der Bundesregierung

Ich bedanke mich für die Gelegenheit, hier bei Ihnen aus der Sicht der Bundesregierung die Europäische Politische Union vorstellen zu können. Herr Dr. Theisen hat gestern abend schon gesagt, es hätten sich hier gewisse Frustrationen insoweit breitgemacht, als man nur nebulös wisse, was die Politische Union eigentlich sei oder wie sie denn werden solle. Und deswegen will ich gleich zu Anfang mit einer Definition dienen und dann versuchen, im Laufe meiner Ausführungen vielleicht noch das eine oder andere Vertiefende dazu zu sagen.

Ich glaube, die Politische Union kann man relativ einfach definieren:

Ein Markt mit den vier Grundfreiheiten Freizügigkeit für die Menschen, freien Verkehr für Waren, Dienstleistungen und Kapital.

Eine Währung: Das heißt, daß wir eine Wirtschafts- und Währungsunion verwirklichen wollen, in deren ersten Phase wir uns bereits befinden.

Eine gemeinsame Außenpolitik: Einschließlich Sicherheitspolitik und Entwicklungshilfepolitik soll sie zentrales Thema der Regierungskonferenz sein. Wir wollen von der Europäischen Politischen Zusammenarbeit der am stärksten integrierten außenpolitischen Zusammenarbeit souveräner Staaten weiterkommen, um eines Tages den qualitativen Sprung zur echten gemeinsamen Außenpolitik machen zu können.

Parlamentarisch-demokratische Legitimation: Das Europäische Parlament soll die Befugnisse bekommen, die denen eines nationalen Parlamentes vergleichbar sind. Dabei ist auch die Stärkung der Effizienz der Institutionen der Gemeinschaft zu berücksichtigen.

Also ein Markt, eine Währung, eine Außenpolitik und das ganze in funktionierenden Institutionen mit parlamentarisch-demokratischer Legitimation.

Wie ist die Ausgangslage?

Wir alle sind Zeugen und Teilnehmer von tiefgreifenden Veränderungen der Architektur Europas seit dem Herbst 1989. Wir haben den völligen Zusammenbruch des realen Sozialismus erlebt. Wir haben erlebt, daß Gorbatschow in der Erkenntnis des Scheiterns des realen Sozialismus das Machtmonopol der KPdSU geräumt hat, eine Entscheidung, die nicht hoch genug einzuschätzen ist. Diese Entscheidung ist im Februar 1990 auch in die sowjetische Verfassung eingeflossen, der alleinige Führungsanspruch der KPdSU wurde aus der Verfassung gestrichen. Das äußere Imperium der Sowjetunion ist in Auflösung begriffen, wobei schwierig zu prognostizieren ist, wann es zu einem neuen Ruhezustand kommen wird. Das für uns historische Datum war: ein Land vereinigt sich ohne Krieg, ohne blutige Revolution, in voller Übereinstimmung

mit seinen Nachbarn in West und Ost, was auf dem KSZE-Gipfel in Paris im November 1990 von den Staats- und Regierungschefs von 34 KSZE-Staaten bestätigt und dokumentiert wurde. Und schließlich, genau ein Jahr nach der Öffnung der Mauer, am 9. November 1990, unterzeichnen Bundeskanzler Helmut Kohl und Präsident Gorbatschow in Bonn einen Vertrag über gute Nachbarschaft, Partnerschaft und Zusammenarbeit zwischen der Sowjetunion und Deutschland und setzen damit einen weiteren Eckstein in Europas neuer Architektur.

Was waren die Auslöser zu dieser einmaligen, wirklich dramatischen Entwicklung? Zunächst einmal ohne jeden Zweifel der persönliche Beitrag Gorbatschows. An zweiter Stelle – nicht von geringerer Bedeutung, aber in der Reihenfolge der Abläufe – die Entscheidung der Ungarn, die damals noch viel Mut erforderte, nämlich buchstäblich den Eisernen Vorhang aufzuschneiden und damit zugleich bewußt heimzukehren nach Europa. Ich nenne die Vereinigten Staaten, die als treue und verlässliche Freunde an unserer Seite standen, von der Berliner Blockade bis heute, und Sie erinnern sich daran, daß es Präsident Bush und seine Administration war, die zu einem sehr frühen Zeitpunkt sich nicht nur verbal hinter die deutsche Einheit gestellt hat, sondern sie auch nach Kräften unterstützt hat, als der eine oder andere in kürzerer räumlicher Distanz noch etwas größere Schwierigkeiten hatte, sich so klar zur deutschen Einheit zu bekennen.

Und ich erwähne natürlich unsere Landsleute in der damaligen DDR, die eine Revolution gemacht haben, auf die wir endlich einmal stolz sein können. Wir haben es ja nicht so mit den Revolutionen und schon gar nicht mit denen, auf die wir stolz sein können. Dies war eine friedliche Revolution, mit den Friedensgebeten von Leipzig, den Montagsdemonstrationen von Dresden und vielem anderen, das das Regime in die Knie gezwungen hat.

Ich nenne aber auch die Bundesregierung, die immer eine Politik der Verlässlichkeit, der Kalkulierbarkeit, eine vertrauensbildende Politik gemacht hat. Dies hat dazu geführt, daß die Nachbarn und Partner ebenso wie die Verbündeten sich in voller Übereinstimmung hinter die deutsche Einheit stellen konnten. Und wenn ich in diesem Zusammenhang darauf hinweise, daß 1994 – auch das im Wege friedlichen Aushandelns – der letzte Sowjetsoldat deutschen Boden verlassen wird, 50 Jahre nachdem die ersten sowjetischen Panzertruppen das deutsche Reichsgebiet überschritten haben, dann ist auch das ein historisches Datum. Und, meine Damen und Herren, neben vielem anderen, was wir natürlich finanziell zu leisten haben, halte ich diese 12 – 13 Milliarden die wir an die Sowjetunion zahlen, für eine ausgesprochen gute Investition und als Ökonom darf ich sagen, das ist auch eine Investition, die nicht nur von hoher politischer Relevanz ist, sondern die sich auch ganz einfach rechnet, weil sie nämlich andererseits erlaubt, gerade im Verteidigungsbereich manches weniger zu tun, weil Bedrohung abgebaut wird.

Wir stehen nach diesem ereignisreichen Jahr vor zwei Aufgaben. Die eine Aufgabe ist natürlich der Aufbau der neuen Bundesländer. Aber die zweite Aufgabe, auf die ich mich heute konzentriere, ist die europäische Einigung.

Meine Damen und Herren, die Europäische Gemeinschaft war und ist für die Völker Mittel- und Osteuropas wie ein Leuchtfeuer der Freiheit und des Wohlstandes, ein

leuchtendes Beispiel, wie souveräne Staaten auf freiwilliger Basis in engster Weise miteinander kooperieren, zusammenwachsen können, wirtschaftlich und politisch integriert werden und dabei ein Höchstmaß an individueller Freiheit entwickeln und auch ein Höchstmaß an Wohlstand und sozialer Sicherheit für ihre Bürger erreichen. Und wenn es richtig ist, daß die Europäische Gemeinschaft diese Vorbildfunktion hatte und weiter haben soll, dann ist die Lehre daraus, daß wir die Europäische Gemeinschaft weiter integrieren und damit zugleich nicht nur den Interessen der heutigen zwölf Mitglieder in der Gemeinschaft dienen, sondern zugleich auch den Interessen derer, die sich an die Gemeinschaft in den verschiedensten Weisen anlehnen wollen.

Und wenn das größere Deutschland nicht mit mehr Macht, aber mit mehr Verantwortlichkeit ausgestattet, Motor der europäischen Einigung bleiben wird, dann ziehen wir damit eine wichtige Lehre aus der Geschichte, daß das alte Spiel der Mächte mit wechselnden Allianzen aufzuheben und einzubringen ist in eine Integration dieser Mächte.

Das instabile alte System, das mehr als einmal in europäische Bürgerkriege geführt hat, soll durch eine föderale Ordnung abgelöst werden, in der die Herrschaft des Rechts anstelle der Herrschaft der Macht tritt. Und hier stehen wir natürlich nicht am Anfang, hier sind wir seit 1958 dabei. Und es ist ja auch die ursprüngliche Philosophie der Gründerväter und der Ideengeber der europäischen Integration, das ist die Philosophie von Jean Monnet, von Robert Schuman und von Konrad Adenauer, und es ist die Idee, die hinter der Politischen Union steht. Nicht Balancespiel mit wechselnden Koalitionen, sondern Integration in einem gemeinsamen Europa.

Diese Philosophie ist innerhalb der Europäischen Gemeinschaft nicht völlig unumstritten. Es gibt zumindest unterschiedliche Nuancen und ich will vielleicht drei Schulen kurz skizzieren.

Da ist zunächst oder war bisher, muß man sagen, die französische Schule. Frankreich hat seinem Souveränitätsdenken und zwar dem Souveränitätsdenken, wie es bisher sicher war, keineswegs abgeschworen. Es hält an der Autonomie in dem Bereich fest, indem Frankreich dominant ist. Die ist der Bereich der Verteidigung. Es will seine Rolle als Nuklearmacht in keiner Weise aufs Spiel setzen oder in etwas anderes integrieren, und es will umgekehrt uns dort fest einbinden, wo unsere Überlegenheit besonders spürbar wird, und das ist im Bereich der Wirtschafts- und Währungspolitik. Ich nenne das mal das Konzept der selektiven Integration.

Die zweite Schule ist die britische Schule. Ihrer europapolitischen Tradition folgend, will Großbritannien die Gemeinschaft zugleich auflockern und erweitern. Das war das klare Ziel von Margaret Thatcher, und man wird jetzt sehen, inwieweit John Major hier wirklich zu einer anderen europapolitischen Perspektive kommt. Ich bin ziemlich zuversichtlich – denn er hat bei seinen ersten Begegnungen mit Helmut Kohl im Vier-Augen-Gespräch darauf hingewiesen – Großbritannien wolle im Zentrum Europas stehen. Und er meinte sicher auch im Zentrum der politischen Entwicklung bis hin zur Integration. Denn wir werden gerade in den nächsten Wochen und Monaten bei Regierungskonferenzen sehen, wie weit Großbritannien wirklich bereit ist, von dieser alten Idee, daß die Europäische Gemeinschaft eine bessere Freihandelszone sein sollte, ab-

läßt. Die bisherige britische Linie hätte mehr Gruppenbildung innerhalb der Gemeinschaft erlaubt und würde zu einer besseren Freihandelszone als Endzustand führen, und in der Gemeinschaft erschiene das alte Gleichgewichtsspiel wieder möglich. Noch ein Wort zu diesem Gleichgewichtsspiel: Militärische Potentiale können natürlich unabhängig voneinander und nebeneinander bestehen. Sie lassen sich im politischen Kalkül addieren, subtrahieren, schließen sich zur Austarierung den wechselnden Koalitionen an, während wirtschaftliche Potentiale in ständiger Interaktion stehen, wechselseitige Abhängigkeit erzeugen; sie trennen nicht, sondern sie verbinden, sie lassen sich nicht durch wechselnde Allianzen aus dem Gleichgewicht bringen, und wir sehen die Wirkung sehr eindrucksvoll am europäischen Währungssystem. Dies ist, wenn Sie wollen, eine Vorläuferstufe zur Wirtschafts- und Währungsunion. Dieses europäische Währungssystem hat keine Institutionen. Umsomehr hat sich die D-Mark in diesem europäischen Währungssystem als stärkste Währung durchgesetzt, und keine Koalition schwächerer Währungen konnte daran etwas ändern. Und gerade, weil es dem europäischen Währungssystem an vertraglich verankerten Institutionen und Verfahren fehlt, kann sich das tatsächliche wirtschaftliche Schwergewicht des stärksten Partners überproportional auswirken. Daher folgt auch logisch die französische Forderung nach einer Währungsunion mit festgefühten Institutionen.

Nun sagen viele, es ist doch gut so, dieses europäische Währungssystem mit der D-Mark als Stabilitätsanker, läßt es doch so auch für die Zukunft. Das sind Positionen, wie man sie durchaus von der Bundesbank hören konnte, wie man sie aus Bank- und Finanzkreisen auch immer noch hört. Aber ich muß sagen, es wäre eine politische Illusion zu glauben, andere Mitgliedstaaten würden sich auf Dauer einer deutschen Währungshegemonie beugen. Und deswegen komme ich zu der dritten Schule. Ich zögere mit dem Wort, es wäre die deutsche Schule. Aber es ist unser Ansatz, ein sehr breiter Ansatz, der Wirtschafts- und Währungsunion und politische Union als fest miteinander verknüpft betrachtet. Wir sind der Auffassung, daß die wirtschaftliche Harmonisierung zu einer wesentlichen Vertiefung der Gemeinschaft führen wird. Wir halten es für notwendig, weil wir einerseits den Bereich der Wirtschafts- und Währungsunion und andererseits den Bereich der politischen Union als notwendige und unverzichtbare Elemente der weiteren europäischen Integration ansehen.

Wir sind bereit zu einer gemeinsamen europäischen Währung, die aber der D-Mark an Stabilität nicht nachstehen darf, wenn sie von der Bevölkerung akzeptiert werden soll. Dazu brauchen wir ein europäisches Währungssystem, das aus einer europäischen Zentralbank und nationalen Notenbanken besteht, die unabhängig sind, nicht an Weisungen ihrer nationalen Regierungen oder Anordnungen der EG-Organisationen gebunden sind und auch nicht zur Finanzierung von Defiziten auf der nationalen oder auf der europäischen Ebene herangezogen werden können.

Der zweite Eckpunkt ist wirklich von zentraler Bedeutung. Ich sage das nicht, weil der Kollege Walter hier am Tisch sitzt. Wir halten es für zentral, daß es jetzt bei dieser Runde auf dem Weg zur Politischen Union gelingt, die Kompetenzen des Europäischen Parlamentes so zu stärken, daß das auch bei der nächsten Europawahl 1994 den Bürgern präsentierbar ist. Dieses Europäische Parlament muß wirklich in dem Maße, wie Zu-

ständigkeiten auf die europäischen Ebene verlagert werden, auch deren demokratische Kontrolle übernehmen und die Kompetenzen dazu bekommen.

Der dritte Eckpunkt aus der deutschen Sicht ist die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik. Wir brauchen einen parallelen Ansatz, parallele Fortschritte bei den beiden Regierungskonferenzen. Und nur wenn es gelingt, diese drei großen Reformvorhaben, den Binnenmarkt bis 1992, Wirtschafts- und Währungsunion und die Politische Union zum Erfolg zu führen, dann wird die EG den wachsenden Herausforderungen im Inneren und nach außen auch gerecht werden können.

Es hat sich bei der französischen Position eine Fortentwicklung ergeben. Das ist sichtbar in der gemeinsamen Initiative, die Bundeskanzler Helmut Kohl mit dem französischen Staatspräsidenten Francois Mitterrand am 18. April 1990 zur Schaffung der Voraussetzungen der Politischen Union gestartet hat. Und dort ist von beiden dieser parallele Ansatz gefordert worden, die Wirtschafts- und Währungsunion parallel mit der Politischen Union zu verhandeln mit dem Ziel, bis zum Beginn des Binnenmarktes Anfang 1993 die notwendigen Vertragsänderungen nicht nur zu beraten, sondern auch beschlossen und ratifiziert zu haben. Am 15. Dezember vergangenen Jahres haben wir beide Regierungskonferenzen in Rom feierlich eröffnet, die eigentliche Arbeit beginnt dieser Tage. Es gab ja wesentliche Beiträge durch die Staats- und Regierungschefs auf den EG-Gipfeln in Dublin und in Rom.

Der Rat der Außenminister, der Allgemeine Rat hat die Regierungskonferenzen gründlich vorbereitet. Persönliche Beauftragte haben ein Eckpunkte-Papier entwickelt. Es gibt Vorschläge nahezu aller Mitgliedstaaten, es gibt Stellungnahmen der Kommission und des Europäischen Parlamentes zu diesen Themen, so daß wir – so glaube ich – genügend Material haben, um in den Regierungskonferenzen zügig und konstruktiv zu arbeiten. Es gab vor dem letzten EG-Gipfel in Rom noch eine weitere gemeinsame Botschaft von Helmut Kohl und Francois Mitterrand vom 6. Dezember, in der beide gemeinsam die Eckpunkte der Politischen Union skizziert und noch einmal die nachdrückliche Überzeugung unterstrichen haben, daß die Zeit für die Verabschiedung eines Paketes weitreichender Maßnahmen im Hinblick auf das Ziel der Union reif sei. Es ist das erste Mal, daß zwei Mitgliedstaaten einen so substantiellen gemeinsamen Vorschlag vorlegen, was nicht nur uneingeschränkte Sympathie der anderen Mitgliedstaaten zur Folge hatte. Wir glaubten, mit den Franzosen vor Beginn der Regierungskonferenz hier noch einmal die Vorstellungen miteinander abzustimmen, noch einmal zu bündeln, konzentrieren zu sollen, damit hier zügig gearbeitet werden kann und rasch der Kern der Probleme erreicht wird. Auch hier ist die Parallelität der Verhandlungen auf beiden Feldern unterstrichen worden, auch von den Franzosen akzeptiert, was aus deren Sicht, glaube ich, doch eine erhebliche Bewegung ist.

Ich will die wesentlichen Eckwerte für die Regierungskonferenz zur Politischen Union kurz darstellen: Da geht es einmal um die Ausrichtung insgesamt. Ich habe Ihnen ja eine rohe Definition der Politischen Union gegeben. Wie soll die nun ausgerichtet und organisiert werden? Es geht nicht um mehr Zentralismus, sondern es geht um ein Europa der Bürger, das die Eigenarten und Traditionen der Völker und ihrer Regionen erhält und fördert. Und deswegen spielt hier der spanische Vorschlag einer

europäischen Staatsbürgerschaft eine wichtige Rolle, in dem die wirtschaftlichen und politischen Rechte der Bürger der Europäischen Gemeinschaft definiert werden sollen. Wir treten nachdrücklich für eine Politische Union auf föderaler Grundlage ein und wollen eine auf dem Prinzip der Subsidiarität ruhende Struktur der Union. Dies ist für uns Grundüberzeugung, und wir tun das nicht nur, weil es unsere Bundesländer auch mit Nachdruck fordern, sondern weil wir der Überzeugung sind, daß nur so die Politische Union vernünftig organisiert und strukturiert werden kann.

Das Subsidiaritätsprinzip muß grundlegendes Strukturelement der Politischen Union werden, sowohl bei der Verteilung der Kompetenzen zwischen EG und Mitgliedstaaten und Regionen als auch bei der Ausübung von Befugnissen. Wir wollen deswegen das Subsidiaritätsprinzip als justitiablen Grundsatzartikel im EWG-Vertrag verankern. Unzureichend wäre, und ich folge hier der Definition der Länder, weil ich sie für richtig halte, unzureichend wäre, die höhere Ebene bereits dann für kompetent zu erklären, wenn sie eine Aufgabe angeblich besser erledigen kann. Sie kann nur dann zuständig sein, wenn eine Aufgabe die Kräfte der unteren Ebene übersteigt. Dabei können Gemeinschaftskompetenzen kein Ersatz für nationale Regelungsdefizite sein. Ein föderatives Europa ist ein Europa, in dem die Länder und Regionen als dritte Ebene in den Verträgen verankert sind und durch ein eigenständiges Regionalorgan auch Mitwirkungsmöglichkeiten bekommen.

Der zweite Eckpunkt ist die Erweiterung der Kompetenzen der Union. Wir halten es für notwendig, daß die Kompetenzen der Gemeinschaft in verschiedenen Bereichen erweitert werden. Das gilt z.B. für die Umweltpolitik, für die Bereiche Gesundheit, Forschung und Technologie. Wir glauben, daß hier ein mächtiger Ansatz sein wird, die Generalklausel des Artikel 235 in der Weise umzustrukturieren, daß man dort als Barriere nicht die wirtschaftliche Integration nimmt, wie es bisher war, sondern als Barriere dieses definierte und justitiable Subsidiaritätsprinzip einführt. Wir halten es weiter für erforderlich, daß in Kernbereichen des innen- und justizpolitischen Handelns – denken Sie an die wichtigen Themen Einwanderung, Asylpolitik, Sichtvermerksfragen, Drogenbekämpfung, Drogenprävention, Kampf gegen die internationale organisierte Kriminalität – eine Gemeinschaftspolitik erarbeitet wird. Wir haben heute eine Vielfalt von Koordinationsgremien, die sogenannte Pompidou-Gruppe zur Bekämpfung der Drogenkriminalität, die persönlichen Beauftragten der Regierungschefs, die sogenannten Drogenkoordinatoren. Dann haben wir das Schengener Abkommen innerhalb der Gemeinschaft, angefangen mit fünf Mitgliedern, inzwischen sind es sechs, Spanien und Portugal werden dazustoßen. Dann sind wir acht, die in diesem Modell, das sich nun allmählich zum Regelfall der Gemeinschaft entwickelt, nicht nur den Abbau der Grenzkontrollen, sondern auch die notwendigen polizeilichen Ausgleichsmaßnahmen verhandelt und entschieden haben. Dieses ganze Nebeneinander soll einfließen in einen Rat der Innen- und Justizminister.

Der dritte Eckpunkt ist die demokratische Legitimation der Union. Ich sagte bereits, daß es wichtig ist, rechtzeitig vor den nächsten Europawahlen – und ich glaube alle Parteien, die sich bei diesen Europawahlen bewerben, werden diese Position teilen – die Rechte des Europäischen Parlaments so nachhaltig zu stärken, daß sie für den Bürger

klar erkennbar und greifbar werden. Dazu gehören Themen, wie die Bestätigung der Wahl des Präsidenten der Kommission und der Kommission insgesamt durch das Europäische Parlament mit der Mehrheit seiner Mitglieder. Dann sind wir, da gibt es andere, die sehr sehr zögerlich sind – wir werden sicher von Herrn Walter aus seiner Position dazu hören – bereit, dem Europäischen Parlament eine echte Mitentscheidung zu geben und damit das letzte Wort des Rates aufzugeben zugunsten einer Art Vermittlungsverfahren, mit dem wir bei den anderen auf gewisse Skepsis stoßen, mit dem wir aber in der Bundesrepublik gute Erfahrungen gemacht haben. Hierbei in Kauf nehmend – meine Damen und Herren –, daß natürlich auch auf der europäischen Ebene dann, wenn das letzte Wort nicht eindeutig einer Gruppe zugewiesen ist – nämlich dem Rat wie bisher – eine Gesetzesinitiative auch einmal auf der Strecke bleiben kann. Ich bin der Meinung, auch das gehört zur Demokratie, daß eine Gesetzesinitiative sich als nicht durchsetzbar erweisen können muß.

Wir sind bereit, wirklich den ganzen Weg zur Mitentscheidung zu gehen, wir sind auch bereit, hier in einzelnen Schritten voranzugehen, wenn es das erleichtert. Aber das Ziel muß sein, daß das Parlament echte Mitentscheidungsbefugnis bekommt. Und ich sage für mich und kann mittlerweile nicht nur für mich sagen, weil es Eingang gefunden hat auch in die Position der Bundesregierung, wir sollten dem Europäischen Parlament neben den Mitwirkungsrechten bei der Ausgabenseite des Budgets auch solche bei der Einnahmeseite des Budgets einräumen. Ich bin der festen Überzeugung, ein Parlament kann seiner Verantwortung erst dann voll gerecht werden, wenn es für beide Seiten Verantwortung trägt. Wie das dann in der Praxis auszugestalten ist, ob etwa eine bestimmte Verbrauchssteuer der europäischen Ebene übertragen wird mit dem Hebesatzrecht des Parlaments, das muß man diskutieren. Nur der Grundsatz muß eben sein, daß das Parlament, das ja die Ausgaben auch vor dem Bürger zu rechtfertigen hat, auch für die Einnahmen und deren Höhe mit in die Verantwortung genommen wird.

Der vierte Eckpunkt ist die Effizienz der Arbeit der Gemeinschaftsorgane. Dazu gehört auf der einen Seite die Straffung der Arbeitsweise der Kommission, auf der anderen Seite die Beschleunigung der Entscheidungsverfahren im Ministerrat. Und das heißt für die Bundesregierung im Regelfall Mehrheitsentscheidungen mit nur wenigen enumerativen Ausnahmen. Stellung und Aufgaben des Europäischen Rates, des Gremiums der Staats- und Regierungschefs sollen auf der Grundlage der Feierlichen Deklaration von Stuttgart in den Verträgen verankert und weiterentwickelt werden.

Der letzte Eckpunkt ist schließlich die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik. Wir brauchen – ich sagte es schon – eine echte gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik und gerade die Krise, die sich in den letzten Tagen dramatisch zuspitzt, zeigt, daß wir auf der EG-Ebene hier noch Defizite haben. Das sehen Sie ja auch an den nur unvollkommen koordinierten Initiativen aus dem Schoße der Gemeinschaft. Daß dies ein wichtiges Feld ist, braucht keine nähere Begründung. Und es ist ganz klar, die Sicherheitspolitik muß hier miteinbezogen werden.

Die Schaffung eines geeinten Europas bleibt so lange unvollständig, so lange die Integration nicht auf Sicherheit und langfristig auch auf Verteidigung ausgerichtet ist. Wir haben einen pragmatischen Ansatz vorgeschlagen. Es geht nicht darum, bewährte

Sicherheitsstrukturen, vor allem die gemeinsame Verteidigung in der Atlantischen Allianz aufzugeben oder in Frage zu stellen. Wir wollen vielmehr die Atlantische Allianz insgesamt durch Verstärkung der Rolle und der Verantwortung der Europäer und die Schaffung eines europäischen Pfeilers stärken.

Ich möchte noch einen kurzen Ausblick in die Zukunft wagen. Wenn die Europäische Gemeinschaft auf diese Weise, auf dem Weg zur Politischen Union gefestigt wird, entsprechen wir damit nicht nur den Interessen ihrer Mitglieder, sondern zugleich den Interessen und Hoffnungen aller Völker unseres Kontinents.

Die Gemeinschaft steht sicher vor einer der schwierigsten Aufgaben ihrer Geschichte, nämlich einen Beitrag zu leisten zur Konsolidierung und Stabilisierung der neu errungenen Freiheiten in den Staaten Mittel- und Osteuropas. Ob die nächste Runde an die Freiheit geht, ist noch nicht entschieden in diesen Staaten. Es hängt davon ab, ob es gelingt, wirtschaftlichen und sozialen Zusammenbruch abzuwenden. Und deswegen ist massive Hilfe, aber nicht nur Soforthilfe, sondern auch dauerhafte Zusammenarbeit einschließlic der Perspektive eines späteren Beitritts geboten. Unsere Reihenfolge ist eine pragmatische und vernünftige. Jetzt geht es um die Vertiefung der Integration der Gemeinschaft der Zwölf und danach müssen wir auch offen sein für Erweiterung.

Ich nenne hier drei Gruppen: Einmal diejenigen, die ihren Beitrittswunsch bereits erklärt haben, nämlich Österreich, Malta und Zypern, die andere Gruppe sind die EFTA-Staaten, mit denen wir verhandeln über einen gemeinsamen europäischen Wirtschaftsraum der EG – EFTA, der im wesentlichen die vier Grundfreiheiten des Binnenmarktes auf den gesamten Raum ausdehnt. Und ich wage die Prognose, daß es eher über kurz als über lang auch zu dem Wunsch kommen wird, daß diese EFTA-Staaten, vielleicht mit Ausnahme der Schweiz, gemeinsam in eine enge Assoziierung mit der Möglichkeit des Beitritts zur Europäischen Gemeinschaft eintreten. Österreich hat seinen Beitrittswunsch bereits erklärt. Der schwedische Reichstag hat mit einer überwältigenden Mehrheit seiner Mitglieder erklärt, daß man die Voraussetzungen für einen baldigen Beitritt schaffen wolle. Dann wird die EFTA immer kleiner, und deswegen sage ich voraus, daß es zu einem gemeinsamen Zusammenschluß kommen wird, aber das ist ein Thema für die Mitte der 90er Jahre. Und dann bleiben natürlich Länder, die auch eine Perspektive haben müssen, nämlich die Türkei, die ihren Beitrittswunsch bereits erklärt hat, andererseits Länder wie Polen, die Tschechoslowakei und Ungarn. Für die Länder Mittel- und Osteuropas ist das Konzept der Europäischen Gemeinschaft, von der Kooperation über die Assoziierung hin zur Beitrittsoption zu gelangen. Und ich glaube, es ist richtig, daß man hier maßgeschneiderte Kooperationsmodelle entwickelt, um später ebenfalls maßgeschneidert diese Länder, so eng wie sie es wünschen und so eng wie es machbar ist, zu assoziieren, um die Möglichkeit des Beitritts für die Zukunft offen zu halten.

Bleibt die Zukunft der Sowjetunion oder besser des russischen Vielvölkerimperiums. Hier spielen die deutsch-sowjetischen Beziehungen eine zentrale Rolle und deswegen ist der deutsch-sowjetische Vertrag von besonderer Bedeutung. Die Sowjetunion gehört zu Europa und es ist klug, sich das immer klarzumachen und deshalb Strukturen zu schaffen, die die Sowjetunion an Europa anbinden und sie nicht ausgrenzen.

Die Unwägbarkeiten der sowjetischen Entwicklung sind uns allen klar. Deshalb will ich hier noch einmal unterstreichen, von welcher vitalen Bedeutung das Festhalten an den USA und der NATO ist und daß dieses Bündnis durch nichts ersetzt werden kann. Deswegen kann auch das Verhandlungsergebnis des Bundeskanzlers im Kaukasus nicht hoch genug eingeschätzt werden, wo er erreicht hat, daß wir nicht nur die volle Souveränität bekommen, sondern auch noch die volle Freiheit, uns dem Bündnis anzuschließen, das wir wünschen: Das war und ist die NATO. Die Lehre aus unserer Geschichte war, daß Unfriede, Instabilität und Unsicherheit für ganz Europa immer dann herrschten, wenn Deutschland einen Sonderweg versuchte oder in die Isolierung gezwungen war. Friede, Stabilität und Sicherheit waren nur dann gegeben, wenn Deutschland mit seinen Nachbarn in festen Bindungen und vernünftigem Ausgleich lebte.

Der KSZE-Prozeß ist wichtig als Richter über Menschenrechte, als Wächter über Selbstbestimmungsrechte der Völker, als Forum für Vertrauensbildung bei Verifikation von Abrüstungsmaßnahmen, als Frühwarnsystem, als Krisenverhütungszentrum – aber er kann die Allianz nicht ersetzen. Ich schließe mit dem Versuch zur Definition der Aufgabe deutscher Politik in den kommenden Monaten und Jahren: Das größere Deutschland gilt es einzuordnen in eine Gemeinschaft, die ihre endgültige Gestalt noch finden muß, in eine Allianz, die ihre Natur verändert, in eine Partnerschaft mit dem Osten, dessen Zukunft ungewiß bleibt. Anspruchsvolle Aufgaben, die eine verlässliche und vertrauensbildende Politik erfordern.